

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo. 10 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 12, - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüdstraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspost-Anzeigliste

Die Versprechen eines Arbeitsministers

Als sich im Reichstag schon eine jelig-friedliche Weihnachtsstimmung breit machen begann, ist die Regierung, die Dr. Marx als Namensgeber hatte, in die Wintern gegangen. Daß darüber irgendwo viel Klage ertönte, wird keiner behaupten. Selbst in den Parteien der gestürzten Minister offenbart sich eine auffällige Teilnahmslosigkeit, höchstens daß sie und da einer für milde Umstände für das Kabinett oder seine Politik plädierte. Noch vollkommener ist die Teilnahmslosigkeit bei den arbeitenden Schichten, das ist bei der übergroßen Mehrheit des Volkes. Nicht unverständlich. Dieses Ministerium war noch weniger als ein früheres mit dem Volke verbunden. Dessen Gleichgültigkeit war beim Verschwinden dieser Regierung ebenso groß, wie seine Teilnahme bei ihrem Antritt gering war. Von vielleicht zwei Ausnahmen abgesehen, hat es keine der Regierungen des neuen Deutschland verstanden, sich im Volke Zuneigung zu erwerben. Abneigung aber, wenn nicht gar offene Feindschaft um so mehr. Man nahm die Regierungen eben hin, weil man nichts Besseres hatte. Wie hätte es auch wohl anders sein können? Vom Standpunkt des republikanischen Volkes waren die Regierungen weder halb noch ganz, weder warm noch kalt, zu einem entschlossenen demokratischen und sozialen Handeln haben sie sich kaum jemals zu entschließen vermocht. Von der Politik des freiwilligen Gehens ließen sie nichts sehen; bei jeder selbstverständlichen, unerläßlichen Reform gab es ein elefantisches Gezerre und Geseilsche, so daß in Reich und Glied der Wählererschaft eine freudige Anteilnahme an der Regierung oder ihrer Tätigkeit nicht aufkommen konnte. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß viele Minister der Republik ihr Amt mit dem Gesichte nach der wilhelminischen Vergangenheit zugewendet verrichteten.

Mit diesem üblen Zustand wird das republikanische Deutschland noch geraume Zeit rechnen müssen, sicherlich so lange, bis das Geschlecht von Politikanten, das aus dem Obrigkeitstaat überkommen, das leibliche oder politische Dasein gesegnet hat. Diese politisch Spätgeborenen und Verleierten sind im alten Kleinstaat mit dem Verstande verbunden, sind daher völlig unfähig, zu begreifen, daß sie die vorwärtsstrebende, freilebende Volksmasse nicht zu hemmen oder zu hemmen, sondern ihr zu dienen haben.

Da insbesondere die letzte Regierung sich aus Politikern der eben angezeichneten Art zusammensetzte, so kann es nicht wundernehmen, daß, soweit die Innenpolitik in Frage kommt, ihre ganze Tätigkeit nichts als eine unangenehme, eine häßliche Erinnerung ausbildet. Auf dem Gebiete der Justiz löste ein empörendes Klassenurteil das andere ab, im Postministerium eine gefällige Ungenügsamkeit mit der die Republik verhöhnenenden Fredericus-Markte, innenpolitisch die Verküpfung der freien geistigen und künstlerischen Arbeit durch das Schund- und Schmutzgesch, im Bezirk des Wehrministers ein stinkiger Skandal nach dem andern, im Gebiete des Arbeitsministeriums vielfach hartbörsige Verständnislosigkeit für die sozialen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten. Im Gesamtministerium eine handgreifliche Förderung des Kapitals und der Reaktion.

Die unmittelbare Ursache des Sturzes der Regierung war eine Anklagerede unseres Genossen Scheidemann gegen das frevelhafte Spiel, das bestimmte Kreise der Reichswehr mit der Republik und dem Auslande treiben. Die Breitseite der sozialdemokratischen Anklagerede galt, wie leicht verständlich, dem verantwortlichen Reichswehrminister Gessler. In dieser Rede haben wir das eine auszuheben, daß sie nicht schon einige Jahre früher kam. Wäre schon viel eher rücksichtslos der militärische Sumpf aufgedeckt worden, er hätte nicht diesen Umfang oder diese Gefährlichkeit erreichen können, und andererseits wäre der Fehler dieser Missetaten längst dorthin geflogen, wo er hingehört. Da werden die ehrlieh demokratischen Abgeordneten unangeseht im Auslande um Vertrauen zum neuen Deutschland — dabei aber lassen sie ein System unangetastet, das allerwärts schärfstes Mikroskop aufweisen muß; da müßen sich diese Volksvertreter um die Erhaltung und Stärkung der Republik — im Parlament aber bewilligen sie die Mittel für ein Heer, das — um mit dem österreichischen Genossen Deutsch zu reden — jeden Augenblick bereit ist, der Republik den Krug umzudrehen. Dieses zweifelhafte Verhalten der demokratischen und republikanischen Volksvertreter dünkt uns außerordentlich und gefährlich obendrein. Daß es in der Arbeitererschaft nicht verstanden wird, kann nicht wundern. Diese Volksvertreter laden sich durch ihr Verhalten eine Verantwortung auf, um die wir sie wahrlich nicht beneiden. So wohlwollend man alle die Gründe prüfen mag, die sie für sich anführen könnten, als sichhaltig kann man sie beim besten Willen nicht anerkennen.

Wendet man sich von der Reichswehr und ihrem Minister zum Arbeitsministerium, so wird die Stimmung nicht rosigter. Was der Reichswehrminister Dr. Gessler mit der Demontierpreise zu erreichen strebte, versuchte der Arbeitsminister Dr. Brauns mit Versprechen. Dies gilt hauptsächlich in Sachen des Achtstundentages. Mit dieser menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeit ist jahrelang ein unerhörtes Possenspiel getrieben worden. Man erinnere sich: Mit dem Ermächtigungsgesetz vom Jahre 1923 erhielt das Unternehmertum die Möglichkeit, die Fronzeit der Arbeiter zu verlängern, und am der Profitgier möglichst keine zeitliche Schranke zu lassen, wurde gesetzlich gestattet, die länger laufenden, den Achtstundentag festlegenden Tarifverträge schon nach 30 Tagen zu kündigen. Das war eine Konzeption an die reaktionäre Hartnäckigkeit und wirtschaftliche Einseitigkeit. Diese ministerielle Dienstbesessenheit haben unzählige Arbeiter mit ihrer Gesundheit bezahlt, ohne daß sie der Volkswirtschaft im geringsten genützt hat, wohl aber hat sie das Ausbeutertum noch verfeinerer auf die Arbeitszeitverlängerung gemacht. Wenn die Gewerkschaften die Drangsal der In-

station etwas überwunden und neue Kraft entfalten konnten, ließ der Arbeitsminister so etwas wie eine arbeiterfreundliche Gangart sehen. Gangart sagen wir, keine Tat. Die Gangart führte nach Bern zu einer Konferenz mit den Arbeitsministern von Frankreich und England. Der halbamtliche Nachrichtendienst meldete von Bern weitgehende Übereinstimmung zwischen den veranmalteten Ministern, die Annahme des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag sei nur noch eine Frage von kurzer Zeit. Den freien Gewerkschaften wurde kurze Zeit nach der Berner Zusammenkunft eine Gesetzesvorlage in baldiger Aussicht gestellt. So das Versprechen des Arbeitsministers am 17. September 1924. Am drauffolgenden 3. Februar wurde im Reichstage die Einbringung der Vorlage noch im Laufe des Jahres versprochen. Wieder ein Versprechen des Arbeitsministers, aber wieder kein Erfüllen. Im März eine Zusammenkunft der Arbeitsminister in London. Hier wurde von ihnen eine Übereinkunft getroffen, die einigen Artikeln des Washingtoner Abkommens eine gemeinsam bindende Auslegung gab. Damit seien, wie nun alle Welt meinte, endlich und tatsächlich alle Hindernisse des gesetzlichen Achtstundentages beseitigt.



Aber die angekündigte Gesetzesvorlage ließ sich immer noch nicht blicken. Bald kam für den Arbeitsminister eine neue Gelegenheit, ein Versprechen zu machen. Bei der Eröffnung des neuen Gebäudes des Internationalen Arbeitsamtes in Genf ernächtigte er den französischen Arbeitsminister zu der öffentlichen Erklärung, daß der Reichstag noch in diesem Jahre das Arbeitsgesetz erhalten werde. Das Jahr 1926 ist vorbei, aber auch dieses Versprechen des Arbeitsministers Dr. Brauns wartet noch immer auf Erfüllung, genau so wie die vorhergehenden andern.

Nun ist dieser „vielversprechende“ Minister mitsamt der Regierung gestürzt worden. Man möchte das fast bedauern. Denn wenn er uns erhalten geblieben wäre, er hätte es sicherlich im Versprechen und Nichthalten zu einer noch größeren internationalen Glanzleistung gebracht. Schließlich ist auch seine bisherige Leistung schon vollauf genügend und die gesamte Arbeitererschaft wird ihm dafür die gebührende Anerkennung bestimmt nicht vorenthalten.

Wie die künftige Regierung zusammengesetzt sein wird, ist noch ganz unbestimmt. Die Gefahr ist nicht ausgeschlossen, daß der neue Arbeitsminister ebenso „vielversprechend“ ist, wie der alte. Wenn es in Sachen des Achtstundentages an sich mit dem Versprechen und Nichthalten künftig vielleicht auch nicht mehr ganz so glatt gehen dürfte, wie bisher, so ist dafür das Arbeitsgesetz vortrefflich geeignet, das Possenspiel weiter zu treiben. Mit der Beratung dieses Gesetzes lassen sich etliche Jahre ausfüllen; ehe es vom Reichstag, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat beraten ist, kann das heutige Arbeitergeschlecht das Zeitliche gesegnet haben. Diese Aussicht wird sicher zur Tatsache, wenn sich die Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht mit äußerstem Nachdruck ins Zeug legen. Ins Zeug legen, zunächst weniger für das Arbeitsgesetz, sondern vor allem einmal für das Notgesetz. Nach Lage der Dinge ist keine andere Möglichkeit als das Notgesetz vorhanden, ein abermaliges Possenspiel mit dem Achtstundentag zu unterbinden. Das Notgesetz muß von der sozialdemokratischen Vertretung bei der Regierungsbildung oder der Tätigkeit des künftigen Kabinetts zur Hauptfrage gemacht werden. Wenn es hierin an Kraft gebrechen sollte, dann ist zu befürchten, daß sich der neue Arbeitsminister im Versprechen und Nichthalten gleichfalls etliche Jahre übt. Die Arbeitererschaft aber hat das gemeine Spiel, das mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben getrieben wurde, did fett

Professorale Sinnlosigkeit

Die Erwerbslosensfürsorge bildete in der Vorkriegszeit ein hart umstrittenes Problem, für dessen Lösung sich nur die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften einsetzten. Das Unternehmertum widerlegte sich ihrer Einführung nach Kräften und erst auf Grund der dem Kriege folgenden außerordentlichen Arbeitslosigkeit gelang es, diesen Widerstand zu überwinden. Die Regierung war gezwungen, der Stimmung der breiten Volksmassen Rechnung zu tragen. So wurde die Erwerbslosensfürsorge eingeführt und unter dem Druck der Gewerkschaften weiter ausgebaut.

Der Widerstand der Unternehmer gegen die Erwerbslosensfürsorge hat sich inzwischen nicht geändert. Sie erblicken in ihr eine sehr unbecueme sozialpolitische Einrichtung, die der Herabdrückung der Arbeitslöhne erhebliche Hindernisse in den Weg stellt. In neuerer Zeit tritt diese Abneigung sogar wieder stärker hervor, besonders seit die Reichsregierung durch Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms eine verstärkte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einleitete. Die von der Regierung zu diesem Zwecke unternommenen sozialpolitischen Maßnahmen werden scharf bekämpft, wobei zugleich der Nachweis versucht wird, daß ihr Ergebnis nicht wirtschaftsfördernd, sondern wirtschaftsnachteilig sei. Das geschieht auch in einem unter der Überschrift Selbstkritik stehenden Aufsatz des Professors Gustav Kassel, in dem er von der „Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik“ redet.

Der Verfasser, Professor Kassel, hat schon vor einiger Zeit durch eine Abhandlung in der Sozialen Praxis die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß er den Arbeitslosen, besonders aber den Gewerkschaften vorwarf, selbst an der bestehenden Arbeitslosigkeit schuldig zu sein, weil sie die für das Wiederaufleben der Wirtschaft erforderliche Senkung der Löhne verhindern. Die Unternehmerpresse ließ sich diese „Wissenschaft“ nicht entgehen, sondern sorgte für ihre weiteste Verbreitung. Inzwischen haben die Ausführungen Kassels sowohl in der Sozialen Praxis wie in der Gewerkschaftspresse eine eingehende Widerlegung gefunden. Das veranlaßt Kassel, seine Vorwürfe gegen die Gewerkschaften etwas abzumildern: Er habe keinwegs die gesamte Gewerkschaftsbewegung, sondern nur die geschlossenen, den Zutritt zum Gewerbe verwehrenden Gewerkschaften und ihre monopolistische Lohnpolitik treffen wollen. Da es nun in Deutschland geschlossene Gewerkschaften nicht gibt, wären somit seine Ausführungen gegen die deutschen Gewerkschaften gegenstandslos. Sie sind aber auch im allgemeinen hinfällig, weil die Arbeitslosigkeit sich nicht auf die Länder mit geschlossenen Gewerkschaften beschränkt, sondern eine auf alle Industriestaaten sich erstreckende Krisenerscheinung ist.

Auf ähnlich schwachen Füßen stehen die Angriffe Kassels gegen die Arbeitslosenpolitik des Staats. Nach seiner Auffassung zerstört der Staat mit der Unterstützung der Erwerbslosen die natürliche Kontrolle darüber, daß die Gewerkschaften ihre Ansprüche nicht über die wirtschaftlich mögliche Lohnhöhe hinausjahren. Unter Umständen führe deshalb die Erwerbslosenunterstützung zur Unterwühlung des Arbeitsmarktes und damit zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Das gleiche geschähe durch den Staat, wenn er — sei es auf dem Steuer- oder Anleihewege — den einzelnen Kaufkraft nimmt und diese Kaufkraft zur Schaffung künstlicher Arbeitsgelegenheit verwendet. Wenn man Arbeit anwolle, brauche man Kapital. Es sei eine kindische Vorstellung, daß man dieses Kapital ohne weiteres aus dem aufgeschöpften Vorrat der Gesellschaft nehmen könne. Wenn man von dem auf der einen Seite in einem Produktionszweig beschäftigten Kapital nehme, so schaffe man damit ebensoviel neue Arbeitslosigkeit, als man mit Hilfe dieses Kapitals auf einem anderen Gebiete beseitige. Daran ändere sich auch nichts, wenn es sich um die Verwendung neuer Ersparnisse handele, da diese Mittel stets in irgendeiner Weise festgelegt seien und ihre Verwendung gefunden hätten. Jedes Eingreifen des Staats schaffe also eine Lücke und mache so seine Arbeitslosenpolitik erfolglos.

Der von Kassel gegen die staatliche Arbeitslosenpolitik erhobene Vorwurf trifft seine eigenen Ausführungen. Diese gehen von der längst überwundenen manchesterlichen Auffassung aus, daß in der kapitalistischen Wirtschaft alles aufs beste bestellt sei, man sie daher ruhig ihrer Entwicklung überlassen könne, womü sie sich dann alles von selbst regelt. Diesen Standpunkt haben bei die Unternehmer aufgegeben und sie verstehen es, sich die Staatshilfe in weitestem Umfange dienstbar zu machen. Ein Eingreifen des Staats in die Wirtschaft lehnen sie nur insoweit ab, als dadurch ihre Ausbeutungsfreiheit beschränkt wird. Das ist bei allen sozialpolitischen Maßnahmen der Fall, gleichgültig, ob es sich um den Arbeitsschutz, die Arbeitszeitregelung, das Tarif- und Schlichtungswesen, die Sozialversicherung oder die Erwerbslosensfürsorge handelt. Der gleiche manchesterliche Standpunkt kommt in den Angriffen Kassels gegen die Gewerkschaften zum Ausdruck: Wie wenig sie ernst genommen werden können, geht daraus hervor, daß man sonst die ganze sozialpolitische Entwicklung der letzten 50 Jahre für unsinnig erklären müßte.

Die bestehende Massenarbeitslosigkeit beruht nicht auf einem mangelnden Ausgleich der Arbeitskräfte, der, wie Kassel annimmt, durch eine Senkung der Löhne herbeizuführen ist, sondern auf der Schwäche der Kaufkraft der Volksmassen. Deshalb muß jede Senkung der Löhne zur weiteren Schwächung der Kaufkraft führen und das läßt sich nicht vermeiden. Selbst wenn die Senkung der Löhne mit einer Herabsetzung der Preise verbunden wäre, bliebe im besten Falle die Arbeitslosigkeit auf der gleichen Höhe. Eine Besserung dieses Zustandes ist nur von steigenden Löhnen bei sinkenden Preisen sowie davon zu erwarten, daß man durch Unterstützung der Erwerbslosen und Schaffung von Arbeitsgelegenheit deren Kaufkraft zu er-

halten oder zu erhöhen sucht. Daß hierzu die eingeleitete staatliche Arbeitsbeschaffung ungeeignet sein soll, ist wirklich nicht einzusehen.

Völlig hinfällig ist schließlich die Annahme Kaffels, daß das für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms erforderliche Kapital aus der produktiven Wirtschaft gegogen werden müsse, was die betroffenen Gebiete zur Einschränkung ihrer Produktion und Arbeiterentlassungen zwingt.

Staat und Wirtschaft haben, veranlaßt durch die mit der kapitalistischen Produktionsweise gemachten Erfahrungen, einschreiten müssen, daß die wirtschaftlich Schwächeren nicht ihrem Schicksal überlassen bleiben dürfen.

Die Lage in der Diamantindustrie

Die Lage der Diamantindustrie scheint, so lesen wir in der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung, nicht schlecht zu sein, obwohl im Laufe des letzten Vierteljahres die Zahl der Arbeitslosen in Amsterdam etwas zugenommen hat.

Der Beweis, daß im allgemeinen die Lage nicht schlecht ist, wird durch die letzte Bewegung der belgischen Diamantarbeiter erbracht. Seit der Stabilisation des belgischen Francs sind in Belgien die Lebensbedingungen wieder gesunken.

Diese Bewegung war, so ist also, daß die Lage keine schlechte sein kann. Eine letzte der Fall, so hätten die Unternehmer nicht so rasch durch eine Lohnsenkung von 10 % der Bewegung ein Ende gemacht.

Die Elektrizität im Hüttenwert

Es hat verhältnismäßig lange gedauert, bis es der Elektrotechnik gelungen ist, in der Eisenhüttenindustrie ihren Fuß zu fassen. Diese Erfahrung wurde zunächst darin begründet sein, daß der Hüttenwert von den Reaktionen und Umstellungen, wie sie die elektrischen Industrie durchläuft, weniger betroffen ist als andere Industriezweige.

Der diese verhältnismäßig langwierige Entwicklung erklärt werden, sei der Frage der Stromerzeugung im Hüttenwert. Die meisten Hüttenwerke sind Anlagen für die Erzeugung von Eisen, die aus Kohle, Holzgas und Wasser gewonnen wird.

so mulet es einem sonderbar an, daß es in der Schweiz die Diamant-schleifermeister nach Luxibabau geübt. Es braucht hierzu eine gewisse Rührigkeit, Teilabbau vorzunehmen, wenn man auch weiß, daß noch gegenüber 1920 eine Differenz von 48 % besteht.

Mietssteigerung und Lohnerhöhung

Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzfelder sprach kürzlich im Bundtag über das Wohnungsproblem in Preußen. Bei dieser Gelegenheit teilte er mit, daß im württembergischen Lande immer noch 600 000 Wohnungen fehlen.

Ferner wird ausgeführt, daß die Gemeinden unmöglich weitere Schulden machen könnten, dies könne nur durch eine Verstärkung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau ausgeglichen werden.

Es ist sehr beachtenswert, daß hier mit einer Verringerung der Gehaltsätze und einer damit einhergehenden Lohnsteigerung im Frühjahr 1927 gerechnet wird.

Der größte Verbrauch von mechanischer Kraft ist heute das Beförderungs- und Verkehrsgewerbe. Nach einer Aufstellung von 1913 wurden bereits im Jahre 1886 von der damaligen Leistungsfähigkeit aller Kraftmaschinen vier Fünftel im Eisenbahn- und Schiffahrtswesen und nur ein Fünftel zu anderen Zwecken gebraucht.

Table with 2 columns: Year and Power (PS). Rows include Dampf, Maschinen, Lokomotiven, and Schiffsdampfmaschinen.

Es hat sich demnach eine ständige Verschiebung des Anteils an der Gesamtleistung mechanischer Kraft zugunsten der Transport- und Verkehrsmittel vollzogen, eine Entwicklung, die sich seit 1886 sicher noch weiter ausgeprägt hat.

Ein jeder muß sich helfen, wie er kann, vom Ansehen auf, so wird's zuletzt ein Mann.

Zahlen zur Menschenbildung unserer Zeit

„Solange wir in Deutschland nicht für unsere 63 Millionen Einwohner 63 Millionen eigene Betten in menschenwürdigen Schlafräumen haben, in die Luft und Sonne hineinlommen; solange wir nicht auch den geringsten dieser 63 Millionen abends satt in fern Zeit schlafen können, haben wir noch kein Recht, auch nur von den Grundlagen der Kultur zu reden, dürfen auch wir nicht ruhig schlafen.“

Dieser schwerwiegenden Feststellung Dr. Bornsteins in der „Gesundheit“ steht die nackte Tatsache gegenüber, daß in Deutschland 1 150 000 Wohnungen fehlen, daß also für einen großen Bruchteil unseres Volkes überhaupt keine Wohnung vorhanden ist.

Als Hauptkennzeichen wird da immer gesagt: Es gibt kein Geld! Das ist aber nur dann richtig, wenn man das heute bestehende Durcheinander sogenannter Volkswirtschaft bejaht und als letzten Zustand betrachtet.

Auch öffentliche Gelder, die in Form von Steuern die Allgemeinheit aufbringt, wären übergenug verfügbar, den schlimmsten Notständen abzuhelfen. So werden für die Erziehung der Reichswehr sehr hohe Summen ausgeworfen.

Aber so großzügiges Verwenden von Geldern werden die Meinungen geteilt sein. Gewiß kann man diese Summen für Schießübungen, Linsen und Gasmasken unter das Kapitel der Volkserziehung im weitesten Sinne rechnen.

Der letzte Krieg hat doch deutlich gelehrt, daß rohe Gewalt niemals Wohlstand mehrt, sondern nur verzehren kann. Der Weltkrieg ist an sich selbst gestorben. Die Sieger leiden wie die Besiegten. Diese Summen sind auch nicht zu rechtfertigen mit der Absicht der allgemeinen „körperlichen Erziehung“.

(W. Steiger in der Sächsischen Schulzeitung.)

ausgeschlossen sind und denen infolgedessen Sichtgase nicht zur Verfügung stehen. Diese Gase sind aber notwendig. Von der Verwertung der Abgase zum Beispiel hinter Siemens-Martin-Ofen zur Dampf- und Wärmegenerierung können man sich Vorteile zu verschaffen.

einen Nebenstrommotor von 180 PS und als Fahrmotor einen von 88 PS. Die Leistung gewählt. Die Fortschritte in der Begleitung der Hochöfen ist nicht allein in produktionssteigernder und produktions-erweiternder Hinsicht bemerkenswert, sondern auch in gesundheitlicher Hinsicht, als das Arbeiten auf der Sichtbahn wegen der Entzündungs-möglichkeit von Kohlenoxydgasen aus der Sicht für die Arbeiter gesundheitsgefährlich und sogar mitunter lebensgefährlich werden konnte.

Eine nicht minder große Bedeutung kommt der Elektrizität im Walzwerk zu. Während früher die Verluste beim Dampfmaschinenbetrieb in den Pampfleisten an Sonn- und Feiertagen über die Hälfte der Dampfmenge selbst betrug, machen die Energieverluste bei der elektrischen Übertragung selbst bei großen Entfernungen von der Zentrale noch nicht 1 % aus.

